

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Bensch, Borsdorf, Cösa, Erdmannshain, Fachsenhain, Groß- und Kleinfeinberg, Klinge, Köhre, Lindhardt, Pomßen, Staßfurt, Throna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erscheinungswöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr
für den folgenden Tag. **Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, 1/2 jährlich Mk. 9.—**
durch die Post bezogen einsch. der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer
Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezüher
keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Korpuszeile 60 Pfg., auswärts 75 Pfg. An-
wärtiger Zeit Mk. 1.20, Reklamezeile Mk. 1.20. Beilagegebühr pro Sonder-Bl. 2.—
Ausgabe der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages,
größere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. —
Belegungen werden von den Ausrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Verantwortl. Uml. Naunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Mügg & Pätz, Naunhof bei Pöppzig, Markt 2.

Nummer 40

Mittwoch, den 6. April 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

Stadtgemeinderatsitzung

Donnerstag, den 7. April 1921, abends 7 Uhr.
Tagesordnung befindet sich im Rathause am Breit.

Mittwoch, den 6. April 1921, vormittag 11 Uhr
sollen im Gasthof „Stadt Leipzig“ in Naunhof als Versteigerungs-
ort

2 Clubseffel

gegen Barzahlung meistbietend versteigert werden.

Grimma, den 4. April 1921.

Q 600/20.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Vereinigten Staaten haben Deutschland mitgeteilt, daß sie mit Interesse neuen deutschen Vorschlägen über die Wiedergutmachungsfrage entgegensehen.
- Die Reichsregierung hat die Zwangsbeziehung von Zeitungspapier aufgehoben.
- Auf die Erregung von Führern der kommunistischen Aufwühlbewegung sind 100 000 Mark Besoldung ausgesetzt worden.
- Die Berliner Elektricitätsarbeiter beschloßen, am Tage der Verurteilung des erschossenen Kommunistenführers Suli einen 2stündigen Proteststreik zu veranstalten.
- Die Türken unter Kemal Pascha haben den griechischen Truppen eine erhebliche Niederlage beigebracht.
- Die Konferenz der aus der früheren Österreichisch-ungarischen Monarchie hervorgegangenen Staaten wird in Rom zusammenzutreten.
- Die siebente Partie im Schachweltkampf Lasker—Capablanca endete wiederum nach 23 Zügen unentschieden.

Ein Anfang.

Von den bisherigen „Verhandlungen“ Harding's, des neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten, soweit sie an die Adresse der außeramerikanischen Völker gerichtet waren, läßt sich wohl im allgemeinen mit Recht sagen, daß sie alles andere eher als Überraschungen gebracht haben. Der Nachfolger Wilson's suchte sich allen europäischen wie allen internationalen Fragen gegenüber freie Hand zu wahren, und er hätte es, wenn es nach ihm gegangen wäre, wohl auch jetzt noch dabei belassen, wenn nicht der ihm auf den Hals geschickte Sonderbesuch aus Frankreich dazu genötigt hätte, aus der bisherigen Reserve etwas herauszugeben. Man weiß, daß Herr Viviani, der Vertrauensmann des französischen Präsidenten, in Washington vielerlei gewichtige Anliegen vorgebracht hat, und man weiß auch, daß er mit ihnen im Weißen Hause vorläufig nur recht geringe Gegenliebe gefunden hat. Darüber hat es in Paris natürlich schon schmerzliche Enttäuschungen gegeben, und so bezieht sich Herr Harding, die Welt wissen zu lassen, daß er bei seinem Verhalten gegenüber den Anbiederungen Vivianis durchaus nicht etwa von freundschaftlichen Gefühlen für Deutschland geleitet werde. Im Gegenteil. Daß Deutschland verpflichtet sei, seine völlige moralische Verantwortung für den Krieg anzuerkennen und daraus alle materiellen Konsequenzen zu ziehen, bis zur Grenze seiner äußersten Leistungsfähigkeit, das unterliege auch nach Auffassung der Regierung der Vereinigten Staaten nicht dem geringsten Zweifel. Lächerlich und irrig wäre es, Amerika zu unterstellen, daß es Deutschland dabei helfen wolle, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Solche Versicherungen hört man in Frankreich immer gern. Sie tun den Herzen der Sieger wohl, auch wenn ihre rein platonische Bedeutung für jeden Kenner der Verhältnisse auf der Hand liegt. Sie tritt um so deutlicher hervor, wenn man annimmt, daß zu gleicher Zeit von der gleichen Stelle die Notwendigkeit betont wird, die von Deutschland zu leistende Entschädigung durch ein angemessenes und gerechtes Verfahren festzustellen. Daß die in Paris wie in London beliebten Methoden weder angemessen noch gerecht sind, daß die „Sanktionen“ einen Gewaltakt darstellen, dessen Sinnlosigkeit jetzt bereits seinen Vätern die ärgsten Kopfschmerzen verursacht, das ist in Washington seinen Augenblick verkannt worden. Solange wenigstens nicht verkannt worden, als man sich dort frei fühlte von dem französischen Druck, der in London auch sonst verständige Männer um ihre Überlegungsfreiheit brachte. Schlimm wäre es freilich, wenn es Herrn Viviani jetzt gelingen sollte, die gleiche Wirkung auch der verantwortlichen amerikanischen Regierung gegenüber zu erzielen. Daran möchten wir aber bis auf weiteres nicht glauben.

Es trifft sich eigentümlich, daß die eben besprochene amtliche Erklärung von Washington mit Gerüchten über amerikanische Vermittlungsabsichten in der deutschen Entschädigungsfrage zusammenfällt. Wenn nicht alles täuscht, ist hier wieder einmal aus einer Mücke ein Elefant gemacht worden. Es handelt sich zunächst um nichts weiter als um die Übergabe einer Art Denkschrift der deutschen Regierung an die Vereinigten Staaten, worin der Erfolg

der Londoner Konferenz beklagt, dieser Ausgang auf die Art, wie Frankreich alle deutschen Vorschläge behandelt habe, zurückgeführt und hinzugefügt wird, daß nach deutscher Auffassung nur die Aufnahme einer internationalen Anleihe die Welt aus der Sachgasse herausführen könne, in der man sich verrannt habe. Die deutsche Ausfuhr allein könne das bis auf den Grund erschütterte finanzielle Gleichgewicht der Staaten unmöglich wieder in Ordnung bringen, zumal wenn es noch weiterhin in den Fesseln des Versailler Vertrages gefangen gehalten werde. Abermals erkläre es sich bereit, den unparteilichen Schiedspruch internationaler Sachverständiger auf sich zu nehmen, wie immer er auch ausfallen möge. Im äußersten Falle wäre es dann sogar bereit, die Schulden der Alliierten an Amerika zu übernehmen — ein Kapitel, das bekanntlich den Franzosen große Sorgen macht und mit zur Entstehung von Viviani nach Washington geführt hat. Diese Denkschrift der deutschen Regierung ist vom amerikanischen Kabinett mit Dank zur Kenntnis genommen worden, und es scheint, daß man in Berlin zu verstehen gegeben habe, weitere deutsche Vorschläge mit Interesse entgegennehmen zu wollen, ehe man sich endgültig entscheide.

Für Herrn Harding bedeutet dieser Schrift- und Rotenwechsel den Anfang seiner Demaskierung gegenüber den drängendsten Fragen der Zeit. Nicht lange mehr, und der amerikanische Kongreß tritt zu seiner entscheidenden Sitzung zusammen, in der schließlich so oder so Farbe bekannt werden muß. Es wäre ein Segen für die Menschheit, wenn das amerikanische Staatsoberhaupt den ernsthaften Versuch machen wollte, über die furchtbaren Gegensätze in Europa eine tragfähige Brücke zu schlagen. Wer den ersten Versuch dazu unternähme, würde in Europa selbst sehr bald an namhaften Stellen wirksame Unterstützung erfahren.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Zur Regierungsbildung in Preußen.

Dieser Tage fand eine Besprechung der Vertreter der preussischen Regierungsparteien mit dem Reichspräsidenten Ebert statt, an der die Abgeordneten Dominicus (Dem.), Stiering (Soz.) und Herold (Zentr.) teilnahmen. Den Gegenstand der Besprechung bildete die in der letzten Zeit in der Presse diskutiertere Regierungsbildung in Preußen. Das Zentrum bezieht bekanntlich darauf, daß in Preußen auch die Deutsche Volkspartei zur Regierungsbildung zugezogen wird.

Verleichte Exporterlaubnis.

Wie aus England gemeldet wird, hat der Verein der Exporteure und Importeure in Manchester dem englischen Premierminister und den Ministern für Finanz und Handel erklärt, daß die deutsche Exportabgabe sehr wahrscheinlich ihren Zweck nicht erreichen wird; entweder würde Deutschland den Export nach England einstellen, oder die deutschen Geschäftseinkünfte würden einen doppelten Preis für ihre Waren verlangen und dadurch die Exportabgabe umgeben oder schließlich würden die Deutschen Barzahlung an deutsche Banken verlangen, bevor sie Waren liefern. In jedem Falle werde die Exportabgabe ein völliger Fehlschlag sein.

Frankreich.

Enttäuschung der französischen Provinz. Aus dem in den französischen Zeitungen vorliegenden Ergebnis der Volkszählung geht hervor, daß einzelne Städte wie Lyon, Dijon und Nizza während des Krieges infolge des Zuzugs von außen zugenommen haben, daß aber die Bevölkerung in der Provinz ziemlich stark zurückgegangen ist und zwar im allgemeinen um 10 Prozent.

Schweden.

Das Schicksal der Alandsinseln. Nach einer Meldung aus Paris beabsichtigt die Kommission, die im Auftrage des Völkerbundes die Alandsfrage behandelt, den Vorschlag zu machen, daß Finnland die Souveränität über die Alandsinseln behält unter der Bedingung, daß die Inselgruppe Selbstverwaltung in höherem Maße erhält als die finnische Regierung bisher bewilligt hat. Alle militärischen Verteidigungswerke auf den Alandsinseln müssen beseitigt werden.

Türkei.

Schwere Niederlage der Griechen. Nach Meldungen aus Smyrna haben die Türken den griechischen Vormarsch zum Stehen gebracht. Die griechischen Verluste übersteigen 7000 Mann, die Verbändeplätze sind überfüllt. Der Vöhrfolg der Griechen vor Estifchebir wurde durch einen Seitenangriff der Türken von der Bahnlinie südwestlich dieses wichtigen Knotenpunktes hervorgerufen. Die Widerstandskraft der griechischen Front erscheint im Zentrum erschöpft.

Aus In- und Ausland.

Paris. Aus Washington wird gemeldet, daß große südl. Banken mit der sogenannten Kriegsfinananzkorporation über die Verschiffung von 1 Million Balken Baumstoffe für Deutschland verhandeln werden.

Genua. An der Riviera nahm die Polizei Hausdurchsuchungen bei Ausländern vor. Zahlreiche Schriftstücke wurden beschlagnahmt und eine Anzahl Kommunisten, Russen, Polen und Ungarn, verhaftet, bei denen große Goldbeträge gefunden wurden.

Vor dem Ende des Kommunistenputsches.

Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs.

Der Eisenbahnverkehr im Direktionsbezirk Halle ist auf den bisher gestörten Strecken im vollen Umfange wieder aufgenommen worden. An der Eisenbahnlinie nach Cisleben am Börmilcher Einschnitt, vor der Saalebrücke bei Halle, wurde kurz nachdem mehrfach Transporte der Schutzpolizei die Stelle passiert hatten, das Telegraphenhäuschen zerstört und unbrauchbar gemacht. Sämtliche Drähte wurden durchgeschnitten und die Elemente geraubt. In De-



tsch wurde ein Sprengversuch der Überführung Halle—Eilenburg ausgeführt. Von Posten der Sicherheitspolizei wurde die Verfolgung der Verbrecher aufgenommen, wobei es zu einem lebhaften Feuergefecht kam; doch gelang es den Verbrechern, zu entkommen. In Eisleben wurden mehrere Personen festgenommen, die Anschläge auf die Eisenbahnüberführung an der Steigerstraße versucht hatten. Durch das schnelle Eingreifen der Polizei konnten weitere ähnliche Anschläge vereitelt werden. Die Leuna-Werke erlassen eine Bekanntmachung, aus der hervorgeht, daß im Laufe dieser Woche mit den Wiederherstellungsarbeiten und der permittlichen Wiederaufnahme des Betriebes begonnen werden kann. Diejenigen Arbeiter, deren Wiedereinstellung in Frage kommt, werden unter Beifügung der Grundsätze für die Wiedereinstellung eine schriftliche Aufforderung zur Wiederaufnahme der Arbeit erhalten.

Mag Hölz die Seele des Aufstandes.

Die nunmehr abgeschlossene polizeiliche und gerichtliche Untersuchung des Attentats auf die Siegeshalle in Berlin hat ergeben, daß der berüchtigte Kommunistenführer Mag Hölz das Attentat angezettelt und auch die Sprengstoffe dazu geliefert hat. Die weitere Untersuchung ergab, daß alle kommunistischen Attentate der letzten Wochen, die Anschläge auf die Eisenbahnbrücke, Bahnhöfe und Brücken, der Dynamitanschlag in Charlottenburg, im Kraftwerk Untersee, in Ruhleben usw., sämtlich von Mag Hölz dirigiert wurden. In diesem Zwecke hat sich der Verbrecher tagelang in Berlin aufgehalten und teils bei Festungsbefehlungen, teils in einer Laube in der Jungfernhöhe, die einem verhafteten Berliner Kommunistenführer gehört, gewohnt, und zwar unter dem Namen Ferris.

Ein blutiger Kampf in Mörz.

Ähnlich wie in Nebenverba, wo die Kommunisten eine Räterepublik im Keinen ausgerufen hatten und so jetzt die Reichswehr für Ruhe gesorgt und den Hauptabteilsführer verhaftet hat, war in Mörz am Niederrhein von den Kommunisten eine Gewalt Herrschaft ausgerichtet worden. Die Kommunisten hielten die Kohlenhütten und die großen Fabriken besetzt, drangsalierten die Arbeitswilligen und plünderten nach Herzenslust, zumal sich die Besatzungstruppen passiv verhielten.

Offenbar auf höhere Weisung hat belgisches Militär zum Schutz der nichtkommunistischen Einwohner eingegriffen und hat, da sich die Kommunisten zur Wehr setzten, von der Waffe Gebrauch gemacht. Den belgischen Truppen gelang es, die Ruhe wiederherzustellen. Bei den Kämpfen mit den Kommunisten wurden drei Aufwührer getötet und 27 verwundet. Die Belgier nahmen viele Verhaftungen vor. Da die Kommunisten verlusteten, ihre Stellungen zu befreien, die Belgier weiter beschossen, und mit Steinen bewarfen, erwiderten die Belgier das Feuer. Truppenverstärkungen nach Mörz sind unterwegs. Die Schächte wurden von belgischen Soldaten besetzt.

Die Besatzungsbehörden veröffentlichten einen Befehl, in dem es heißt: „Jeder, der eines Verbrechens oder eines Vergehens verdächtig erscheint, wird festgenommen und vor das Kriegsgericht gestellt. Jede feindliche Haltung gegen eine Militärperson wird sofort geahndet. Häuser, aus denen geschossen wird, werden auf der Stelle in Brand gesteckt. Artillerie wird Verwendung finden gegen Ortschaften, Ortsteile und Gebäude, in denen die Truppen in Erledigung ihres Auftrages auf Widerstand stoßen. Jede Verletzung der Arbeitsfreiheit, jeder Angriff auf Personen, jede Forderung oder versuchte Forderung von Gebäuden oder öffentlichen Anstalten wird strengstens unterdrückt.“